

# Regionalwahlen auf der Krim



## Impressum

### Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0  
Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 9 471 400  
BLZ: 251 205 10  
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00  
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Text:** Sarah Reinke

**Redaktion:** Inse Geismar

**Layout:** Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

**Preis:** 2,50 Euro

Karte Titelblatt: Maximilian Dörrbecker / Wikipedia CC BY-SA 2.0

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im September 2014**

# **Regionalwahlen auf der Krim**

<b>1. Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2. Die Krimtataren – Schikanen gegen die alteingesessene Bevölkerung der Krim</b>	<b>6</b>
<b>3. Politische Aktivisten in russischen Haftanstalten</b>	<b>11</b>
<b>4. Anschläge auf Kirchen und Moscheen - Religionsfreiheit auf der Krim in Gefahr</b>	<b>13</b>
<b>5. Linkliste</b>	<b>16</b>
<b>6. Pressemitteilungen</b>	<b>17</b>



## 1. Einführung

Am 14. September 2014 wird auf der Krim ein neues Regionalparlament gewählt. Der Medschlis, das Selbstvertretungsorgan der Krimtataren, hat zum Boykott dieser Wahlen aufgerufen. Die Krimtataren hatten schon das Referendum vom 16. März 2014 nach der völkerrechtswidrigen Besetzung der Halbinsel boykottiert und sein Ergebnis nicht anerkannt. Sie lehnen auch die pro-russische Regionalregierung unter Präsident Sergej Aksjonow ab.

Das Wahlergebnis des Referendums wurde gefälscht. Dies belegen Untersuchungen des Menschenrechtsrates des russischen Präsidenten, denen zufolge die Wahlbeteiligung insgesamt nur bei rund 30 Prozent lag. Von diesen 30 Prozent hat nur rund die Hälfte dem Anschluss der Krim an Russland zugestimmt. Die offiziellen russischen Zahlen besagen, dass die Wahlbeteiligung bei 83 Prozent lag und 97 Prozent davon dem Anschluss zustimmten.

Obwohl die russische Regierung den Krimtataren vor dem Referendum viel versprochen hat - wie eine Regierungsbeteiligung, Schutz ihrer Sprache und Kultur - und es auch ein direktes Telefonat zwischen dem russischen Präsidenten Putin und dem wichtigsten Repräsentanten der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, gegeben hat, kam für diese eine Zustimmung zur russischen Besetzung und letztlich Angliederung der Krim nie in Frage. Sie hatten die pro-europäische Maidan-Bewegung unterstützt in der Hoffnung, dass bei einer erfolgreichen Annäherung der Ukraine an die EU dann auch ihre Rechte als Minderheit und indigene Bevölkerung der Krim besser gewahrt würde als das während der Regierungszeit von Präsident Janukowitsch der Fall war.

Für die Krimtataren ist die Russische Föderation heute der Nachfolgestaat der Sowjetunion, die für ihre kollektive Deportation 1944 nach Sibirien und damit den Tod eines Drittels ihres Volkes sowie jahrzehntelanges Leid in der Verbannung verantwortlich war. Erst nach einem langen, friedlichen, aber sehr kräftezehrenden Widerstand gegen die Verbannung in Sibirien gelang den Krimtataren Ende der 1980er-Jahre schrittweise eine Rückkehr auf die Halbinsel. Legal zurückkehren konnten sie erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991. Ihr Leben auf der Krim war jedoch seit 1991 von schweren Entbehungen, Unsicherheit und auch Diskriminierung geprägt. Gerade deshalb hatten sie die Hoffnung, dass eine Annäherung an die EU sowie eine wirklich demokratische Regierung in Kiew auch positive Auswirkungen auf ihre Situation haben könnte. Heute jedoch finden sie sich nach den Angaben ihres Außenbevollmächtigten, Ali Hamzin, in einer so bedrängten Lage wie nie zuvor in der Ukraine. Wichtig sei, dass Europa die Krim und damit auch die Krimtataren nicht abschreibe, sondern immer wieder auf ihr Schicksal hinweise und die Einhaltung ihrer Rechte und die Rückkehr der Krim in den ukrainischen Staat fordere.

Im vorliegenden Memorandum zieht die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Bilanz: Was hat sich seit der Annexion der Krim durch Russland im Bereich des Menschenrechtsschutzes und der Lage der Minderheiten auf der Krim verändert? Wie wirken die russischen Gesetze auf der Krim? Ziel muss es sein, dass der völkerrechtswidrige Anschluss der Halbinsel an Russland immer wieder auf die Tagesordnung der internationalen Politik kommt, denn die russische Regierung hat hier eindeutig gegen internationales Recht verstoßen und die Bevölkerung betrogen.

Die Stimmung auf der Krim ist angespannt und die Menschenrechtssituation geprägt von Verstößen, gerade gegen die Rechte der Minderheiten, aber auch gegen die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit. Obwohl vor und unmittelbar nach dem „Referendum“ vom 16. März schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, wurden keine Ermittlungen gegen die Täter eingeleitet. Immer noch gelten Menschen als verschwunden, mehrere Personen sind in russischen Gefängnissen inhaftiert und warten auf ihre Prozesse. Tausende Menschen sind von der Krim geflüchtet, unter ihnen 3.000 Krimtataren, und suchen in der Ukraine eine neue Heimat.

## **2. Die Krimtataren – Schikanen gegen die alteingesessenen Bevölkerung der Krim**

In der folgenden Chronik halten wir die Entwicklung besonders für die Krimtataren fest und dokumentieren auch ihre Reaktion auf die politischen Veränderungen. Sie suchen einen Weg, um sich einerseits mit der neuen Situation zurechtzufinden, ihre Arbeitsplätze zu behalten, ihre Grundstücke zu legalisieren und sich trotzdem nicht dem neuen System zu beugen. So haben viele noch keine russischen Pässe beantragt und stützen die Position ihrer Selbstvertretung zum Boykott der Wahlen. Die lokale Regierung versucht ihrerseits, die Krimtataren zu spalten, pro-russischen Organisationen zu gründen, ein eigenes loyales Muftiat zu etablieren und gleichzeitig die unabhängigen Strukturen des Medschlis zu diskreditieren. Besonders schwerwiegend sind die Einreiseverbote gegen Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow, den Vorsitzenden des Medschlis. So wird die Arbeit des Medschlis massiv gestört und es droht die Schließung dieser für die Krimtataren wichtigen Institution, die auch ihr Sprachrohr nach außen ist.

Auch wenn man nicht von systematischen, schweren Menschenrechtsverletzungen an den Krimtataren sprechen kann, so sind sie doch unter einem großen Druck und stehen unter permanenter Beobachtung. Sie berichteten über Fälle, in denen krimtatarischen Mietern die Wohnungen gekündigt, in denen sie entlassen und ihre Kinder in der Schule wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit gehänselt wurden. Auch haben sie Angst um ihre

## Regionalwahlen auf der Krim

Häuser, die teils auf Land gebaut wurden, das ihnen offiziell nicht gehört. Hier rächt sich nun, dass die ukrainische Regierung seit vielen Jahren versäumt hat, den Besitz der Krimtataren zu legalisieren. In den vergangenen Wochen haben gerade auch Hausdurchsuchungen zugenommen. Unter dem Vorwurf des „Extremismus“ werden die Krimtataren besonders in ihrer Religionsausübung eingeschränkt.

03/03/2014: Der krimtatarische Aktivist Reschat Achmetow wird im Stadtzentrum von Simferopol durch „krymskaja samoobrona“ (Selbstverteidigungskräfte der Krim) ermordet. Sein Leichnam weist Folterspuren auf. Die Krimtataren beklagen, dass die Täter nicht effektiv verfolgt und die Mörder nicht gefunden worden sind.

22/04/2014: Sergej Aksjonow, Präsident der pro-russischen Regionalregierung auf der Krim, verkündet, dass Mustafa Dschemilew die Einreise auf die Krim bis 2019 nicht gestattet ist. Am 2. Mai versucht Dschemilew, über Moskau auf die Krim zu fliegen, aber die Einreise wird ihm verweigert. (<https://www.facebook.com/bedrohteVoelker?fref=ts>, <http://www.novayagazeta.ru/news/1681217.html>, <http://www.novayagazeta.ru/news/1681660.html>)

03/05/2014: Bei Armyansk an der Grenze zwischen der Ukraine und der Krim wird Mustafa Dschemilew von etwa 1.000 Anhängern empfangen. Beamte der russischen Anti-Terror-Einheit OMON versuchen, die Begegnung zu verhindern. (<http://www.novayagazeta.ru/news/1681651.html>).

6/5/2014: Das Mitglied des Medschlis, Abduraman Egiz, wird am 6. Mai in Simferopol angehalten, er solle seine Papiere vorzeigen. Egiz weigert sich und betont, nur die Polizei habe das Recht ihn zu kontrollieren. Die Männer, die sich als Mitglieder der "Selbstverteidigungskräfte der Krim" bezeichnen, schlagen Egiz und durchsuchen seinen Wagen. Als ihnen klar wird, dass Egiz Mitglied des Medschlis ist, lassen sie ihn gehen.  
Mai 2014: Verbot der Massenkundgebung zum Jahrestag der Deportation der Krimtataren. (Verbot aller Massenkundgebungen durch die pro-russische Krim-Regierung bis zum 6. Juni 2014). Das ist nur eines der Versammlungsverbote, die den Krimtataren gegenüber ausgesprochen werden, während sich andere ethnische Gemeinschaften ohne Hinderung versammeln können (Aussage der Krimtataren in ihrer Erklärung zum Wahlboykott (<http://qtm.org//новости/4522-заявление-меджлиса-крымскотатарского-народа-в-связи-с-общественно-политической-ситуацией-и-некоторыми-последними-событиями-в-крыму>))

18/05/2014: Nach dem Verbot, bis zum 6. Juni auf der Krim Massenkundgebungen abzuhalten, beschließt der Medschlis, seine Mahnwache nicht im Zentrum der Stadt abzuhalten. Er führt Veranstaltungen an zwei symbolischen Orten durch: vor dem

## Regionalwahlen auf der Krim

Bahnhof, wo ein Denkmal an die Deportation entstehen soll, und in einem Park, wo sich eine Plakette zum Gedenken an die Deportation befindet.

(<http://www.novayagazeta.ru/news/1682203.html>,

<http://www.novayagazeta.ru/news/1682221.html>). Die Gedenkfeierlichkeiten werden massiv dadurch gestört, dass Hubschrauber tief über den Betenden kreisen.

29/5/ 2014: Die drei Mitarbeiter der NGO Ukrainskiy Dom (Ukrainisches Haus) Leonid Korzh, Tymur Shaymardanov und Seyran Zinedinov aus Simferopol sind verschwunden, schreibt der Medschlis besorgt in einem Brief an internationale Organisationen wie die UN und OSZE. Er nennt sie als Beispiele für vermehrte Verschleppungen und zunehmende Unsicherheit auf der Krim.

05/07/2014: Dem Vorsitzenden des Medschlis Refat Tschubarow wird die Einreise auf die Krim verweigert.

30/07/2014: Das Krim-Parlament beschließt in erster Lesung ein Gesetz ("Über die Regulierung der mit der eigenmächtigen Besetzung von Land auf der Krim verbundenen Fragen"), das die eigenmächtige Landbesetzung auf der Krim regeln soll. Dieses Gesetz sieht eine "Amnestie" für Bürger der Russischen Föderation vor, die Land besetzt haben, um dort Häuser zu bauen. Sie sollen offiziell Eigentümer der von ihnen besetzten Grundstücke werden. Besonders im Gesetz erwähnt werden diejenigen, die unter Stalin nach ethnischen Kriterien deportiert wurden, also die Krimtataren. Allerdings bezieht sich das Gesetz nur auf Bürger der Russischen Föderation.

(<http://www.novayagazeta.ru/news/1685269.html>). Doch die überwiegende Mehrheit der Krimtataren möchte die ukrainische Staatsbürgerschaft behalten und will sich nicht zwingen lassen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen

30/07/2014: Eine Woche nachdem der Chefredakteur der Zeitung des Medschlis „Avdet“ von der Staatsanwaltschaft wegen "Extremismus" eine Vorladung erhalten hat, wird die Krim-Stiftung ebenfalls vorgeladen. Die Stiftung ist die Wohlfahrtsorganisation des Medschlis und hat ihren Sitz im selben Gebäude. Innerhalb von einem Tag soll die Stiftung einen Bericht über ihre Tätigkeit über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens liefern. ([khp.org.ua/en/index.php?id=1406807753](http://khp.org.ua/en/index.php?id=1406807753))

04/08/2014: Mitglieder der Crimean Human Rights Field Mission beklagen, dass das ukrainische Parlament nicht genug unternimmt, um die Rechte der Krimbewohner zu schützen, die ukrainische Staatsbürger geblieben sind.

(<http://khp.org.ua/en/index.php?id=1407165541>)



## Regionalwahlen auf der Krim

09/08/2014: Ismet Yuksel und seiner Frau wird die Einreise auf die Krim verweigert. Ebenso wie Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarov darf Yuksel für fünf Jahre nicht auf die Halbinsel. Ismet Yuksel ist Generaldirektor der Crimean News Agency und Berater des Medschlis-Vorsitzenden. Yuksel ist türkischer Staatsbürger, lebt aber seit 20 Jahren auf der Krim. (<http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1407589136>)

13/8/2014: Viele religiöse Bücher der Muslime, wie die Schriften von Said Nursi oder die des türkischen Sufi-Lehrers Osman Nuri Topbas, wie auch Schriften der Zeugen Jehovas sind in Russland verboten und jeder, der sie besitzt oder verbreitet, kann verurteilt werden. Entsprechend beginnt bald nach der Annexion die Durchsuchung von Moscheen und anderen Gebäuden. Das Muftiat veröffentlicht die Liste der in Russland verbotenen Bücher und empfiehlt allen, die Bücher dieser Liste besitzen, sie zu vernichten. Gleichzeitig ist den religiösen Führern unklar, weshalb bestimmte Schriften verboten sind. Manche sind einfache Gebetsbücher, die viele Muslime auf der Krim nutzen. Buchläden auf der Krim werden auch nach Mustafa Dschemilews Schriften und dem neuesten Buch über die Krimtataren, "For decades Crimean Tatars' voices were not heard", veröffentlicht in Kiew 2014, durchsucht.

Seit Mitte August finden vermehrt Razzien in muslimischen Schulen statt: Am 13. August werden die Frauenschule und das Erziehungszentrum in Kamenka sowie die Seit-Settar-Medresse in Simferopol durchsucht. Am 19. August wird das Haus der Familie Muslyadinow in der Region Bachtschisaraj durchsucht. Am 21. August durchsuchen Mitarbeiter des Geheimdienstes FSB, der Polizei und Staatsanwaltschaft die Medresse in Saki.

15/08/2014: Einer der Demonstranten, der am 3.05.2014 gegen die Verweigerung der Einreise von M. Dschemilew auf die Krim protestiert hatte und deshalb 10.000 Rubel Strafe zahlen sollte, wird zu 20 Stunden „Besserungsarbeit“ verurteilt. Er hatte sich geweigert, die Geldstrafe zu zahlen. Nach Berichten des Vorsitzenden der Medschlis der Krimtataren, Refat Tschubarov, wurden weitere Demonstranten zu Geldstrafen in Höhe von 10.000 Rubeln verurteilt. (<http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1408011992>)

23/08/2014: Die Stadtverwaltung von Simferopol verbietet den Krimtataren eine traditionelle Mahnwache zum Europäischen Tag der Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus. Begründung ist das Wetter: Es herrsche zu große Hitze. Es wird empfohlen, dass sie sich in einem Gebäude treffen. (<http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1408454954>)

24/08/2014: Ukrainer auf der Krim werden von der Polizei daran gehindert, den Unabhängigkeitstag zu begehen (<http://observers.france24.com/content/20140827-crimea-forced-russification-russia-ukraine>).

## Regionalwahlen auf der Krim

27/08/2014: Das erste Extremismus-Urteil aufgrund des Besitzes von religiösen Büchern wird gefällt. Religiöse Gebäude und Privathäuser wurden am 13., 19. und 21. August nach religiösen Büchern durchsucht. Esadullach Bairow wird vom Gericht in Dzhanko im Norden der Halbinsel zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem bei einer Razzia in der muslimischen Schule (Medresse), für die er die Verantwortung trägt, religiöse Bücher gefunden wurden, die in Russland verboten sind.

([http://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=1989](http://www.forum18.org/archive.php?article_id=1989);

<https://www.facebook.com/bedrohteVoelker?fref=ts>;

(<http://gfbvberlin.wordpress.com/2014/08/28/religiose-literatur-auf-der-krim-verboten-stellvertretender-leiter-des-muftiats-wegen-extremismus-verurteilt/>)

01/09/2014: Um ihre Studiengänge nach russischem Recht nicht von vorn beginnen zu müssen, um die kurz vor Abschluss stehenden Studien mit ukrainischem Diplom beenden zu können oder weil die Familie nach Kiew geflüchtet ist, ist die Hälfte der krimtatarischen Studenten der Tavria-National-Universität Simferopol nicht mehr dort eingeschrieben. Die Schließung des Lehrstuhls für krimtatarische Literatur und die Eingliederung der verbliebenen Studenten und Dozenten in andere Lehrstühle der Fakultät für krimtatarische und orientalische Philologie war nun die Folge.

(<http://15minut.org/article/v-glavnom-vuze-kryma-zakrylas-kafedra-krymskotatarskoj-literatury-vinovnikom-na>)

01/09/2014: Das Gemeindezentrum der Krimtataren in Simferopol wird nachts von Unbekannten beschmiert. <http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1409667833>)

03/09/2014: 18 von 23 türkischen Imamen und religiösen Lehrern, die seit 20 Jahren regelmäßig vom Muftiat der Krim eingeladen werden, müssen die Krim verlassen. Die Föderale Russische Migrationsbehörde verweigert ihnen die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen. Die anderen fünf müssen die Krim verlassen, wenn ihre Aufenthaltsgenehmigungen auslaufen.

Vertreter verschiedener religiöser Gemeinschaften berichteten, dass sie unter Beobachtung des FSB stehen, darunter der griechisch-katholische Priester Bogdan Kostas. Er berichtete dem Forum 18, einer Organisation, die sich für Religionsfreiheit einsetzt, dass er mehrmals vom FSB einbestellt und verhört wurde.

([http://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=1992](http://www.forum18.org/archive.php?article_id=1992))

04/09/2014: Die Wohnungen mehrerer krimtatarischer Familien werden wegen des Verdachts auf "Extremismus" von der Polizei durchsucht. Für den Medschlis sind diese Durchsuchungen Maßnahmen absichtlicher Einschüchterung durch den russischen Geheimdienst FSB. (<http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1410015092>)

06/09/2014: Präsident Aksjonow wirft den Krimtataren vor, sich durch die angekündigte Nicht-Teilnahme an den Wahlen künstlich selbst zu isolieren. Er zeigt sich aber optimistisch, dass sich die meisten Krimtataren als „patriotisch“ erweisen und zu den Wahlen gehen würden, meldet die pro-russische Nachrichtenagentur Kryminform (<http://www.c-inform.info/news/id/11755>).

08/09/2014: Das Haus der bekannten Bloggerin und Pro-Ukraine Aktivistin, Liza Bohutski, in Simferopol wird von Polizei und Geheimdienst durchsucht und sie selbst zur Befragung auf eine Polizeiwache mitgenommen. Nach mehreren Stunden kommt sie wieder frei. Die Polizei fragt nach dem Inhalt ihres Blogs, dessen Texte eventuell als extremistisch eingestuft werden könnten. Nachbarn hätten sie denunziert, erklärte die Polizei. Ihre Artikel seien „anti-russisch“. Sie selbst hält die Hausdurchsuchung und ihre Befragung für Schikane vor den Wahlen am 14. September.

### **3. Politische Aktivisten in russischen Haftanstalten**

Am 9. März wurden auf der Krim zwei Aktivisten der Automaidan-Bewegung (so bezeichnen sich Aktivisten, die mit dem Auto in der Ukraine unterwegs waren und versuchten, die Ideen des Maidan in viele ukrainische Städte zu tragen) und drei Journalisten aus Kiew von Bewaffneten entführt. Nach zwei Tage wurden sie wieder freigelassen, sie berichteten über Folter.

Am selben Tag wurde der 23-jährige Gennadiy Afanasyev verhaftet. Er hatte Videos der pro-ukrainischen Bewegung auf der Krim aufgenommen.

Am 9. Mai wurde Aleksej Chirnij, 33 Jahre alt, verhaftet. Er ist Lehrer für Militärgeschichte am Kulturinstitut in Simferopol.

Am 11. Mai wurde der bekannte ukrainische Regisseur Oleg Sentsov in seiner Heimatstadt Simferopol festgenommen. Er hatte die Maidan-Proteste in Kiew unterstützt und sich gegen die russische Annexion der Krim ausgesprochen. Sentsov wird im Moskauer Lefortovo-Gefängnis festgehalten. Ihm wird die Planung terroristischer Aktionen vorgeworfen. Es drohen ihm 20 Jahre Haft. In der gerichtlichen Anhörung am 7. Juli dementierte Sentsov alle Anschuldigungen. Er sei nie Mitglied einer extremistischen Gruppe gewesen, habe nie Angriffe auf der Krim oder anderswo geplant. Er sei gefoltert worden, außerdem deutete Sentsov an, dass er um sein Leben fürchte. Der Richter entschied dennoch, dass der Regisseur, Jahrgang 1976, bis zum Prozessbeginn im Oktober in Haft bleiben müsse. Sentsovs Verteidiger hatte beantragt, dass er auf Kautionsfreigelassen wird. Seine Untersuchungshaft wurde weitere drei Monate verlängert. Auf Initiative der Europäischen Filmakademie, die auch den Europäischen Filmpreis

ausrichtet, hatten namhafte Regiekollegen im Juni in einem offenen Brief eine faire Behandlung Sentsovs gefordert. Im Internet formierte sich eine Protestwelle, die bislang jedoch zu keiner Verbesserung seiner Situation geführt hat. Nun hat die Filmakademie mit Sitz in Berlin einen Fonds eingerichtet, um Geld für Sentsovs Verfahrenskosten zu sammeln und seine Kinder finanziell zu unterstützen.

Wegen ihres Einsatzes für Oleg Sentsov ist Galina Dzhikayeva, eine ukrainische Theaterregisseurin, unter Druck geraten. Seit September 2011 leitet sie das Kunstzentrum "Karman" in Simferopol. Im März 2014 nahm Galina an Demonstrationen für die Einheit der Ukraine teil. Zu der Zeit wurde sie gebeten, in den Räumen des Kunstzentrums Erste-Hilfe-Kurse anzubieten. Drei Kurse wurden dort abgehalten. Am 31. Mai 2014 kommentierte Galina die Situation des am 11. Mai festgenommenen Regisseurs Oleg Sentsov im Radiosender "Echo Moskau". Sie sagte: "Ich denke, sie können aus jeder Person auf der Krim, die eine andere Meinung hat, einen Terroristen machen." Am 17. Juli erhielt Dzhikayeva einen Anruf des Geheimdienstes und wurde um ein Treffen gebeten. Hier wurde ihr gesagt, sie sei am Fall Sentsov als Person beteiligt, die verdächtigt wird, an einer terroristischen Organisation teilzunehmen. Es sei eine Verbindung zwischen den Erste-Hilfe-Kursen und der Anschuldigung gegen Sentsov, einen Terroranschlag vorzubereiten, gezogen worden. Alle 15 Angestellten des Kunstzentrums stünden auch unter Verdacht, obwohl diese gar nicht an den Kursen beteiligt waren. Weil sie vor einer Verhaftung Angst hatte, verließ Galina die Krim. Aleksandr Kolchenko, 24 Jahre alt, wurde am 17. Mai 2014 auf der Krim verhaftet. Er wurde verdächtigt, zu einer „terroristischen Gruppe“ zu gehören, die terroristische Angriffe und Brandstiftung vorbereite. Er wurde nach Moskau transferiert und wird im Lefortovo Untersuchungsgefängnis gefangen gehalten. Aleksandr ist Aktivist und war als Antifaschist immer wieder Übergriffen von Neonazis ausgesetzt. Er war Teil der Kampagne gegen die Studiengebühren und unterstützte Arbeiterrechtsproteste.

### *Presse- und Meinungsfreiheit in Gefahr*

Zeitungen, die eine pro-ukrainische Haltung ausdrücken, sind mehr und mehr in Gefahr. So wurde der Chefredakteur der Zeitung „Avdet“ am 24. Juli 2014 zu einem Gespräch mit dem Geheimdienst FSB vorgeladen und darüber informiert, dass gegen seine Zeitung eine Klage eingereicht worden sei. Es gehe darum, dass die Zeitung über die Entscheidung des Medschlis, die Regionalwahlen am 14. September zu boykottieren, berichtet habe. Eine ähnliche Klage wurde auch gegen die andere krimtatarische Zeitung „Quirim“ eingereicht. Seit März 2014 können die Bürger der Krim kein ukrainisches Fernsehen mehr empfangen. Journalisten, die als „pro-ukrainisch“ gelten, werden nicht zu offiziellen Pressekonferenzen oder Veranstaltungen zugelassen.

Am 17. Mai nahmen Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes FSB den Korrespondenten der polnischen Zeitung „Gazeta Wyborczej“, Vazlav Radzivinovic, fest. Sie warfen ihm vor, illegal die Grenze überschritten zu haben, und hielten ihn einige Stunden fest.

Der Journalist Osman Paschaev ließ über die Zeitung Krym.Realii am 19. Mai mitteilen, dass er die Halbinsel verlassen habe. Auf der Krim gäbe es keine funktionierenden Behörden. „Ich werde verlangen, dass ermittelt wird, wer für das Verschwindenlassen von Journalisten auf der Krim verantwortlich ist, wer unsere technischen Hilfsmittel klaut und Menschen sowie Material dann den Behörden übergibt, die gar nicht wissen, was sie damit anfangen sollen.“ Am 18. Mai war Paschaev gemeinsam mit anderen Journalisten im Zusammenhang mit Veranstaltungen zur Erinnerung an die Deportation der Krimtataren vor 70 Jahren von „Selbstverteidigungskräften“ im Zentrum von Simferopol verhaftet worden. Zehn Stunden später wurden sie freigelassen, ihre Handys und Computer wurden ihnen jedoch nicht ausgehändigt. Sie berichten darüber, dass sie über viele Stunden hinweg gefoltert worden seien.

Am 19. Mai nahmen Mitglieder der „Selbstverteidigungskräfte“ den Korrespondent des russischen kritischen Fernsehsenders „Doschd“ fest. Sie wandten dabei Gewalt an und zerstörten Teile seiner Ausrüstung.

Am 2. August 2014 wurde die gesamte Technik und alle Computer des freien TV-Senders Chornomorska nach einem gerichtlichen Erlass beschlagnahmt.

(<http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1406922006>)

## **4. Anschläge auf Kirchen und Moscheen – Religionsfreiheit auf der Krim in Gefahr**

In der gesamten Ukraine ist die Landkarte der Religionen und Konfessionen bunt und vielfältig. Auf der Krim ist das nicht anders. Hier gibt es 1.546 unterschiedliche Gemeinden: orthodoxe Christen des Moskauer und Kiewer Patriarchats, Muslime, Protestanten, Katholiken, Juden und andere. Sie waren alle beim ukrainischen Staat registriert. Seit dem Anschluss an Russland gelten die russischen Gesetze und die Glaubensgemeinschaften müssen sich um eine neue Registrierung bemühen. Sichtbares Zeichen des Drucks auf einzelne Religionsgemeinschaften sind jedoch Brandstiftungen, Schikanen und handfeste Streitigkeiten um Kirchengebäude und Gebetshäuser.

Die orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats hat sich erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine gegründet und wird vom Moskauer Patriarchat, das die Ukraine und Kiew als Wiege der Orthodoxie betrachtet, nicht anerkannt. Am 21. Juli 2014 brannte das

## Regionalwahlen auf der Krim

Landhaus von Erzbischof Kliment des Kiewer Patriarchats im Dorf Marmara in der Region Simferopol nieder. Der Erzbischof war noch nicht vor Ort, als er der Presse darüber berichtete. „Als ich anrief, wurde mir gesagt, dass alles heruntergebrannt ist. Nur das Dach aus Eisen ist übrig geblieben.“ Neben dem Sommerhaus befindet sich eine Kirche. Das Land, auf dem beides steht, ist in Erzbischof Kliments Privatbesitz. Er selbst sieht den Brandanschlag auf das Haus als Warnung. Als nächstes könnte die Kirche dran sein. Seit März 2014 wurden fünf Kirchen des Kiewer Patriarchats auf der Krim geschlossen. Vater Kliment ist einer der sichtbarsten Repräsentanten der ukrainischen Minderheit auf der Krim. Er ist Nachkomme von Krim-Bulgaren, die 1944 durch Stalin von der Halbinsel deportiert worden waren, und ein politisch sehr engagierter Erzbischof. Kliment stand auf dem Maidan in Kiew. Als die Gewalt von Seiten der Regierung zunahm, betete er mit den Geistlichen anderer Glaubens- und Konfessionsrichtungen für den Sieg über das Janukowitsch-Regime. Die Geistlichen stellten sich bewusst zwischen die Fronten von Militär und Demonstranten, um die Menge zu beruhigen und trugen so dazu bei, dass es nicht noch mehr Opfer gab. Aber mit dem Anschluss der Krim an Russland hat er viel zu verlieren. Er und seine Mitarbeiter werden bedroht. Zwei Mitstreiter von Kliment wurden entführt und fast zwei Wochen misshandelt. Andrej Schtschekun und Anatolij Kowalski waren von Unbekannten verhört, geprügelt und mit Gaspistolen beschossen worden.

Auf der Krim waren in den vergangenen Jahren immer wieder Gebetshäuser oder Kirchen angegriffen worden. Diese Angriffe blieben unaufgeklärt. Im August 2013 wurde zum Beispiel die neue Holzkirche des Kiewer Patriarchats in Jevpatrija zerstört, gerade als der Bau fertig gestellt worden war. Es hatte damals mit den zuständigen örtlichen Behörden Streit um die offizielle Anerkennung gegeben. Die Bürgermeisterin sagte, das Gebäude sei illegal gewesen, der zuständige Erzbischof Kliment jedoch unterstreicht, dass eine Baugenehmigung vorgelegen hätte. Die Krimtataren beklagen seit Jahren Brandanschläge auf ihre Moscheen. Die zentrale Moschee in der Küstenstadt Saky und die Moschee im Dorf Rovnoe waren Mitte Oktober 2013 durch Brandanschläge zerstört worden. Die Moschee Saky konnte am 27. Juni 2014 zu Beginn des Fastenmonats Ramadan wiedereröffnen. Die Gemeinde musste die Reparaturkosten jedoch selbst tragen und die Arbeiten sind auch noch nicht ganz fertig gestellt.

Auch die römisch-katholische Kirche in Sevastopol steht vor Problemen. Seit langem setzt sich die Gemeinde für die Rückgabe der St. Clemens-Kirche im Stadtzentrum ein. Es habe Verhandlungen mit den ukrainischen Behörden gegeben, sagt ein Diakon. Nun berichten die Zeitungen jedoch darüber, dass die Rückgabe ausgeschlossen sei. Die Kirche war 1911 erbaut und 1936 von den sowjetischen Behörden geschlossen und in ein Kino umgewandelt worden. Die Gläubigen treffen sich in einer Wohnung, die als Kapelle gilt.

## Regionalwahlen auf der Krim

Bogdan Kosteckij, Priester der griechisch-katholischen ukrainischen Kirche ist am 2. September 2014 zusammen mit 15 Gemeindemitgliedern zwischen Evpatorija und Yalta verschwunden. Kosteckij gelang es noch, einen Glaubensbruder zu benachrichtigen, er würde in einem Keller festgehalten und verhört. Am 3. September meldeten wiederum Personen aus dem Bekanntenkreis Kosteckijs, dieser sei wieder zu Hause. Die Hintergründe und der Inhalt des Verhörs sind jedoch unklar. (<http://qha.com.ua/v-yalte-propal-svyaschennik-ugkts-s-gruppoi-prihojan-139557.html>) (<http://ru.krymr.com/content/article/26565233.html>)

Kosteckij war im März, gleich nach dem Referendum schon einmal für mehrere Stunden festgehalten worden, genau wie ein Mitbruder. Die griechisch-katholische Kirche gilt als pro-ukrainisch und hatte die Euromaidan-Bewegung unterstützt. Mehrere ihrer Geistlichen wurden zu Befragungen durch den Geheimdienst FSB vorgeladen und fühlen sich auf der Krim beobachtet. Sie fürchten, ihre pro-ukrainische Haltung ist der Hintergrund dieser Schikanen.

Viele Moscheen der Krimtataren, die nach der kollektiven Deportation dieses Volkes am 18. Mai 1944 durch Stalin enteignet worden waren, wurden bislang nicht an die krimtatarische Gemeinde zurückgegeben. Seit drei Jahren setzen sich die Krimtataren vor Gerichten auf der Krim und in Kiew für die Rückgabe der Medresse in Bachtschisaraj ein, die aus dem 19. Jahrhundert stammt, – ohne Erfolg. Oftmals werden die Gebäude an Dritte verkauft oder niemand ist bereit die Kosten für einen Umzug jener Personen zu übernehmen, die aktuell darin wohnen.

Die Krimtataren haben zusätzlich mit ganz konkreten Angriffen auf sich als alteingesessene Bewohner der Krim und Muslime zu kämpfen: Zehntausende Krimtataren versammelten sich am Sonntag, dem 19. Mai 2014, in den Straßen Simferopols vor der Moschee. Sie beteten und gedachten der Deportation ihrer Vorfahren. Stalin hatte über 180.000 Krimtataren kollektiv nach Zentralasien deportieren lassen, knapp die Hälfte der Deportierten kam dabei ums Leben. 2014 jährte sich die Deportation zum 70. Mal. Ein besonders wichtiges Datum für die Krimtataren. Doch die neuen Machthaber auf der Krim verboten die zentrale Kundgebung. Die öffentlichen Gebete fanden trotzdem statt. „Ständig kreisten Hubschrauber über den Betenden, der Lärm war unerträglich, unser Gedenken sollte massiv gestört werden“, berichtete Achtem Seitablaev der GfbV wenige Tage nach den Kundgebungen. Seitablaev ist Regisseur und Hauptdarsteller des Films „Haytarma“, der zum ersten Mal die Deportation 1944 thematisiert.

Am 24. Juni 2014 drangen maskierte Bewaffnete, mutmaßliche Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes FSB, in die Medresse der Krimtataren im Dorf Kolchugino,

außerhalb von Simferopol, ein. Die Kinder schliefen fest, als die Männer gegen sechs Uhr am Morgen ohne sich auszuweisen begannen, alles zu durchsuchen. Dabei demolierten sie Türen und Fenster. Als ein Vertreter des geistlichen Rates der Muslime nach einer Erklärung verlangte, sagten ihm die Maskierten, diese Durchsuchung würde aufgrund eines Gerichtsbeschlusses wegen „Extremismus“ und Waffenbesitzes durchgeführt. Die Kinder waren entsetzt über den Einsatz der Scherwewaffneten. Ein Schüler sagt: „Zwei Männer mit Kalaschnikows rannten in unseren Raum, fuchtelten mit ihren Waffen herum und fragten, wer der Älteste sei. Dann rannten sie in den nächsten Raum und richteten auch dort die Waffen auf meine Mitschüler. Dann sagten sie, wir sollten still sitzen bleiben.“ Die Bewaffneten nahmen den Kindern ihre Mobiltelefone ab. Die Durchsuchung dauerte fünf Stunden lang. Sogar die persönlichen Gegenstände der Kinder wurden durchsucht.

Dies war nur eine Schikane in einer Reihe von Repressionen gegen die Krimtataren, die sich besonders auch gegen die politische Führung der Volksgruppe wenden. Die Häuser von Mustafa Dschemilew und Ali Hamzin, dem Außenbeauftragten des Medschlis und von weiteren 150 Krimtataren wurden durchsucht. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden zu oft die Moschee besuchen bzw. Kopftücher tragen. Sie könnten kollektiv des Extremismus verdächtigt und deshalb verfolgt werden, so wie es vielen Muslimen in Russland selbst ergeht, fürchten die Krimtataren heute.

Die Zeugen Jehovas beklagen seit März 2014 ebenfalls einen „bedeutsamen Anstieg der Gewalt“. So wurde der Zeuge Jehovas Nikolai Martsenyuk bewusstlos geschlagen und musste im Krankenhaus behandelt werden. „Obwohl er mehrmals bei der Polizei anrief, kam kein Polizist zum Tatort“, berichteten die Zeugen Jehovas dem Forum 18. Die Behörden auf der Krim, darunter auch das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft verweigerten die Auskunft darüber, was die Polizei unternommen hat, um den Vorfall aufzuklären. ([http://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=1972](http://www.forum18.org/archive.php?article_id=1972))

## 5. Linkliste (Nachrichtenseiten)

<http://ru.krymr.com/> Allgemeines Nachrichtenportal zur Krim

<http://ru.realnost.com/deportaciya/> - selbstgedrehte Videos zur Situation auf der Krim

<http://www.forum18.org/archive.php?country=86> – Menschenrechtssituation in Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Recht auf Religionsfreiheit)

<http://maidantranslations.com/>

<http://atocrimea.ukrinform.ua/en/publication/martial-law-vs-anti-terrorist-operation>

<http://khpg.org.ua> Menschenrechtslage in der Ukraine (Information der Charkiw Human Rights Protection Group)



<http://qha.com.ua/direktora-shkoli-v-djankoe-oshrafovali-za-hranenie-ekstremistskih-knig-139380.html> (Nachrichten von der Krim)

<http://qtmm.org> (offizielle Seite der Vertretung der Krimtataren Medzhlis)

<http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/UkraineReport28August2014.pdf>

Anhang: GfbV-Presseerklärungen zur Krim und zur Lage der Krimtataren

## 6. Pressemitteilungen

Göttingen, den 4. März 2014

### **Krise in der Ukraine: Deutschland soll Beispiel der USA folgen und militärische Zusammenarbeit mit Russland beenden**

### **Bundessicherheitsrat soll Bau eines Heeres- Ausbildungszentrums in Russland durch die Rheinmetall AG stoppen**

„Angesichts der Bedrohung der Ukraine durch das russische Militär muss Deutschland mit sofortiger Wirkung die gesamte Zusammenarbeit im militärischen Bereich beenden“, fordert Tilman Zülch, der Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Dieses Jahr soll der Bau eines Heeres-Ausbildungszentrums mit modernster Simulationstechnik für den Anti-Guerilla-Kampf durch das deutsche Unternehmen Rheinmetall AG in Russland fertiggestellt werden. „Der Bundessicherheitsrat unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel muss den Bau des Heeres-Ausbildungszentrums unverzüglich stoppen und ein klares Zeichen an Russland senden. Der Bruch des Völkerrechts durch russische Truppen muss Folgen haben für die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten“, erklärte Zülch.

Die Rheinmetall AG erhielt am 17. Juni 2011 den Auftrag, bis 2014 in Mulino im Militärbezirk Wolga ein modernes Heeres-Ausbildungszentrum zu errichten. Dazu kooperiert der Rüstungskonzern mit dem russischen Unternehmen JSCo Oboronservis. Bis zu 30.000 russische Soldaten sollen jährlich mit Hilfe modernster Simulationstechnik auf dem Truppenübungsplatz ausgebildet werden.

Die russischen Soldaten sollen auf dem Gelände mit Laserduell-Simulatoren und neuester Kommunikationstechnik üben. Weitere Gefechtszentren sollen noch in drei anderen Regionen gebaut werden.

Als ein GfbV-Vertreter auf der Hauptversammlung der Rheinmetall AG am 14. Mai 2013 das Rüstungsprojekt öffentlich kritisierte, wies der Vorstand des Unternehmens jede Verantwortung zurück und verwies auf die deutsche Bundesregierung. Beim Bau des Gefechts-Ausbildungszentrums handele es sich um eine politische Entscheidung der deutschen Bundesregierung hinsichtlich der russischen Unterstützung im weltweiten Antiterror-Kampf, erklärte der Vorstand der Rheinmetall AG.

Die GfbV beobachtet seit Jahren mit großer Sorge die zunehmenden deutsch-russischen Militärkontakte. Von russischer Seite besteht großes Interesse Reform der Bundeswehr seit 2010 sowie an Know-how, Ausbildungsmöglichkeiten und Kooperationsprojekten.

Göttingen / Berlin, den 13. März 2014

### Krim-Krise: Diskussion über EU-Sanktionen gegen Russland

## **Scharfe Sanktionen gegen Verantwortliche für Krim-Annexion notwendig – EU soll sich an US-Vorbild der „Magnitski-Liste“ orientieren**

Nach dem Vorbild der „Magnitski-Liste“ der USA sollte die Europäische Union (EU) eine „Krim-Liste“ mit Verantwortlichen für die Annexion der Krim erstellen, gegen die Reise- und Finanzsanktionen verhängt werden. Dies forderte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Donnerstag in Berlin. „An der Entscheidung für das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands waren nur wenige Personen aus einem engen Führungskreis beteiligt“, erklärte die Russland-Expertin der GfbV, Sarah Reinke. „Diese Drahtzieher der Annexion müssen zu spüren bekommen, dass ihre Kriegstreiberei auch persönlich für sie merkliche Folgen hat.“ Die GfbV legte eine Liste von elf in Russland einflussreichen Personen vor, die maßgeblich an der Vorbereitung der Annexion beteiligt waren und nun mit EU-Sanktionen belegt werden sollten. Darüber hinaus empfahl die GfbV, auch die Senatorinnen und Senatoren des Föderationsrates mit Sanktionen zu belegen, die der Entsendung russischer Truppen zustimmten.

Die „Magnitski-Liste“ wurde von der US-Regierung erstellt, nachdem der russische Rechtsanwalt Sergey Magnitski in einem russischen Gefängnis eines gewaltsamen Todes gestorben war. Die von dem US-Finanzministerium erstellte schwarze Liste umfasst 18 Personen, die in den Tod des Anwalts im November 2009 verwickelt gewesen sein sollen.

Auf der „Krim-Liste“ müssten die Namen von Kreml-Stabschef Sergei Iwanow, von Nikolai Patruschew, dem Sekretär des Sicherheitsrats, sowie von Alexander Bortnikow, dem Leiter des Inlandgeheimdiensts FSB, stehen. Auch sollte Dmitri Olegowitsch Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung der Russischen Föderation, und Sergei Kuschugetowitsch Schoigu, der russische Verteidigungsminister, mit Sanktionen belegt werden, weil sie Putins Eskalations-Strategie von Beginn an unterstützt haben. Mit Sanktionen belegt werden sollten auch Valentina Matwijenko, Vorsitzende des Föderationsrats, Grigory Borisovich Karasin, russischer Vize-Außenminister, Viktor Ozerov, Vorsitzender des Komitees des Föderationsrates für Verteidigung und Sicherheit, Vladimir Dzhubarov, 1. Stellv. Vorsitzender des Komitees des Föderationsrates für Außenpolitik, Andrei Kljashin, Vorsitzender des Komitees des Föderationsrates für Verfassungsrecht, Fragen des Rechts und der Gerichte und der Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie alle Senatorinnen und Senatoren des Föderationsrates der Russischen Föderation, die am 1. März bei der 347. Sitzung des Föderationsrates der Entsendung russischer Truppen in die Ukraine zugestimmt haben.

Sanktionen sollten auch gegen den Kommandierenden der russischen Truppen auf der Krim, Generalleutnant Igor Nikolaevic Turchenjuk, verhängt werden. Er und seine Soldaten waren 1999-2000 zu Beginn des zweiten Krieges in Tschetschenien für die gewaltsamen Verschleppungen von mindestens sieben Zivilisten verantwortlich. Auch auf der Krim sind in den letzten Tagen Personen, Journalisten, Bürgerrechtsaktivisten und ukrainische Soldaten verschwunden.

Leipzig, den 23. April 2014

### Petersburger Dialog in Leipzig am 23.4.2014

## **Petersburger Dialog muss Putins Doppelzüngigkeit entlarven! Einreiseverbot für Krimtatarenführer Dschemilew aufheben!**

Die Teilnehmer des Petersburger Dialogs in Leipzig sollen während ihrer Gespräche mit den Repräsentanten der russischen Zivilgesellschaft am Mittwoch in Leipzig offen die Doppelzüngigkeit von Wladimir Putin kritisieren und die Aufhebung des Einreiseverbots für Krimtatarenführer Mustafa Dschemilew verlangen. Dieser Forderung hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit einer Mahnwache vor dem Tagungsgebäude Nachdruck verliehen. „Spätestens jetzt muss der Petersburger Dialog Rückgrat zeigen: Scheuen Sie sich nicht, das wahre Gesicht des russischen Präsidenten zu offenbaren, der in einem Atemzug die 1944 kollektiv vertriebenen Krimtataren „rehabilitiert“ und gleichzeitig ihren wichtigsten Vertreter aus seiner Heimat aussperrt!“, erklärte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke.

Putin hat am Dienstag einerseits die Krimtataren, Deutschen und andere Völker, die unter Josef Stalin nach Zentralasien deportiert worden waren, rehabilitiert und andererseits Mustafa Dschemilew bis 2019 die Einreise in die Russische Föderation - also auch auf die Krim – untersagt. Dschemilew hatte öffentlich beklagt, dass Krimtataren, die bis zum 18. April keinen russischen Pass beantragt haben, ihre Arbeit verloren hätten, und vor weiterer Diskriminierung gewarnt. Seit Ende der achtziger Jahre hat der Sowjetdissident die Rückkehr der Krimtataren auf die Halbinsel organisiert. Er wird wegen seines gewaltlosen Widerstands gegen die Sowjetherrschaft als „Mahatma Gandhi der Krimtataren“ bezeichnet und ist Abgeordneter im Parlament von Kiew.

„Sprechen Sie die Situation von Mustafa Dschemilew offen an und lassen Sie sich nicht mit weiteren Lügen abspeisen!“, wandte sich Reinke an die Teilnehmer des Petersburger Dialogs. „Dschemilew muss sich frei auf der Krim bewegen können, es ist seine Heimat. Die Einreiseverweigerung muss sofort rückgängig gemacht werden.“ Die Menschenrechtlerin warnte außerdem vor zunehmender Unterdrückung demokratischer Bestrebungen in Russland. „Putin nutzt die Situation in der Ukraine, um auch in Russland Kritiker zum Schweigen zu bringen, Medien zu verbieten, die Gesellschaft zu militarisieren und vom Westen abzugrenzen“, sagte Reinke. So gebe es seit März die populärste unabhängige Nachrichtenseite Lenta.ru in ihrer alten Form nicht mehr. Die Chefredakteurin Galina Timtschenko wurde gefeuert. Die meisten Journalisten kündigten daraufhin selbst. Kurz danach wurden die beiden regierungskritischen Internetseiten grani.ru und kasparov.ru gesperrt, weil dort angeblich Aufrufe zu nicht genehmigten Massenaktionen veröffentlicht wurden.

„Presse- und Internetfreiheit, Versammlungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind Grundpfeiler einer freien Zivilgesellschaft. Bitte hinterfragen Sie die massive Verschlechterung in den vergangenen Wochen“, forderte Reinke. „Sie werden sehen: „Was Sie da beim Petersburger Dialog als russische Zivilgesellschaft präsentiert bekommen, sind handverlesene Putin-Anhänger.“

Göttingen, den 5. Mai 2014

### **Strafverfahren gegen Politiker der Krimtataren**

## **Repressionen gegen Krimtataren: Demokratische Selbstvertretung von Schließung bedroht – Sorge um Sicherheit der Minderheit wächst**

Die Repressionen gegen Krimtataren werden stärker. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen berichtete am Montag, der demokratischen Interessensvertretung der Minderheit, dem Medschlis in Simferopol, drohe die Schließung. Wegen „illegaler extremistischer Aktivitäten“ habe die Staatsanwältin auf der Krim beim Ermittlungskomitee des russischen Geheimdienstes FSB gegen den Vorsitzenden des Medschlis, Refat Tschubarow, und andere Mitglieder des Gremiums ein Strafverfahren eingeleitet. Sie hatten zu friedlichen Straßenblockaden aufgerufen, um gegen das Einreiseverbot für den krimtatarischen Anführer Mustafa Dschemilew zu protestieren.

Rund 5.000 Krimtataren waren dem Aufruf am vergangenen Samstag gefolgt. Sie überwand den Kontrollposten in Armyansk und strömten in die Pufferzone zwischen der Ukraine und der Halbinsel Krim, um Dschemilew dort zu treffen. Die russischen Behörden haben dem früheren Sowjetdissidenten und Abgeordneten des ukrainischen Parlaments bis 2019 die Einreise in die Russische Föderation – also auch auf die Krim – verboten, nachdem er öffentlich vor zunehmender Diskriminierung der Krimtataren gewarnt hatte.

Während ihrer Protestaktion blockierten die Krimtataren auch mehrere Straßen in der Nähe von Simferopol, Bachtschisarai, Stary Krym, Jewpatorija und Oktajabrskoje. Augenzeugen berichten, dass die lokalen Sicherheitskräfte die Demonstranten gefilmt hätten. „Viele haben jetzt Angst, persönlich belangt zu werden“, sagte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke. „In den krimtatarischen Siedlungen wurden Personen, die an der Protestaktion teilgenommen haben, bereits am Wochenende befragt.“

Die überwiegende Mehrheit der rund 300.000 Krimtataren hat das Referendum am 18. März, das den Anschluss der Krim an Russland einleitete, boykottiert. „Seitdem sind sie immer wieder Repressionen ausgesetzt“, warnte Reinke. „Viele fürchten, dass es Ziel der lokalen pro-russischen Regierung ist, sie abermals von der Krim zu vertreiben.“ Bei der kollektiven Deportation der Krimtataren im Mai 1944 nach Zentralasien kamen 46 Prozent des Volkes ums Leben.

Göttingen, den 9. Mai 2014

## **Putins Besuch auf der Krim ist „blanke Provokation!“ Hollande soll russischen Präsidenten wieder ausladen!**

Als „blanke Provokation“ hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Krim kritisiert. „Putin provoziert damit nicht nur die Ukraine, sondern auch die gesamte EU“, sagte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke am Freitag in Berlin. „Das darf die EU nicht einfach hinnehmen! Bundeskanzlerin Angela Merkel sollte ihren Gast Francois Hollande in Stralsund davon überzeugen, dass Putin bei den Feierlichkeiten zum D-Day nicht erwünscht ist.“

Putin will in Sewastopol an den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieges teilnehmen. Gleichzeitig wird die russische Armee dort Stärke demonstrieren: Mehr als 1.200 Soldaten, 70 Hubschrauber und Kampfflugzeuge und 40 Militärfahrzeuge, darunter Panzerwagen vom Typ "Tiger", die Russland auch bei der Besetzung der Krim im März eingesetzt hatte, werden erwartet.

Die GfbV sorgt sich besonders um die Krimtataren, die Urbevölkerung der Krim. Sie sind seit dem Anschluss der Halbinsel an Russland bereits Repressionen ausgesetzt:

Am **7. März 2014** wurden die Häuser der Krimtataren mit Kreuzen markiert – genauso wie vor der kollektiven Deportation der Krimtataren 1944 unter Stalin.

Am **16. März** wurde auf der Krim Ivan Selenzov (aka Ubu Umar) von der lokalen Polizei festgenommen. Ihm wurde der Kontakt mit dem Anwalt verweigert, man hat ihn gefoltert.

Am **24. März** wurden die Räumlichkeiten des Unternehmens von Lenur Islyamow – Inhaber der krimtatarischen Mediensenders ATR - durchsucht. Bereits am 8. März war der Internetauftritt von ATR gesperrt worden.

Am **9. April** schändeten in Maloretschenskoje Unbekannte die Gedenkstätte für den bekannten krimtatarischen Ballettmeister Akim Djemilew.

Am **22. April** hat der Gouverneur der Krim, Sergej Aksenov, die lokalen Medien angewiesen nicht über die Tätigkeit krimtatarischer Politiker zu berichten.

Am **22. April** wurde gegen den Anführer der Krimtataren, Mustafa Djemilew, ein Einreiseverbot auf die Krim bis 2019 verhängt. Dem Verbot gingen Auftritte Djemilews in den internationalen Medien mit der Verurteilung der Geschehnisse auf der Krim voraus.

Am **4. Mai** drohte die Staatsanwältin der Krim Natalya Polonskaya Strafverfahren gegen hunderte Krimtataren einzuleiten, die sich in der Stadt Armyansk zum Treffen mit Djemilew gesammelt haben.

Verschiedene Medien auf der Krim müssen ihre Arbeit einstellen oder mit Einschränkungen rechnen. Unter ihnen Nachrichtenportale und Printmedien: ATR, АН-Крым, События Крыма, Крымское время, Республика

Berlin/Göttingen, den 16. Mai 2014

## **70. Jahrestag der Deportation der Krimtataren (18.5.)** **EU und OSZE sollen zweite Verbannung von Mustafa Dschemilew verhindern! Einreiseverbot für Führer der Krimtataren aufheben!**

Anlässlich des 70. Jahrestages der kollektiven Deportation der Krimtataren unter Josef Stalin am 18. Mai 1944 hat die Gesellschaft für bedrohte Völker die EU-Botschaften und die OSZE-Mission in der Ukraine dazu aufgefordert, bei den russischen Behörden durchzusetzen, dass Mustafa Dschemilew - die führende Persönlichkeit dieser Minderheit – auf die Krim reisen darf. Dschemilew, dessen jahrzehntelanger friedlicher Widerstand in der Sowjetunion den Weg für die Rückkehr der Krimtataren ebnete, wurde vor wenigen Wochen von den russisch dominierten Behörden der Krim die Einreise verboten, nach-dem er öffentlich vor zunehmender Diskriminierung der Krimtataren unter russischer Herrschaft gewarnt hatte. „Dieses Verbot kommt einer zweiten Verbannung gleich. Das darf die internationale Gemeinschaft nicht einfach hinnehmen“, schrieb die GfbV.

Für die Krimtataren, die seit der Unabhängigkeit der Ukraine regelmäßig gegenüber europäischen Regierungen und EU-Institutionen auf ihre schwierige Situation auf der Halbinsel aufmerksam gemacht haben, sei es besonders bitter, dass die EU die Krim offenbar schon abgeschrieben habe, kritisierte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke in Berlin. „Die Krim ist kein russisches Territorium. Russlands Annexion der Halbinsel ist und bleibt völkerrechtswidrig und hat gerade für die Krimtataren als Opfer der Deportation und massiven Diskriminierung in der Sowjetunion katastrophale Auswirkungen.“

Präsident Wladimir Putin habe die Krimtataren erst kürzlich 'rehabilitiert' und das ihnen zugefügte Unrecht anerkannt, sagte Reinke. Nun müsse er zu seinem Wort stehen und gemeinsam mit den Behörden vor Ort die Einreise Dschemilews, der Abgeordneter im ukrainischen Parlament ist, durchsetzen. Die Androhungen und Anfeindungen gegen Angehörige der krimtatarischen Gemeinde müssten ebenfalls ein Ende haben. „Die Lehre aus den entsetzlichen Verbrechen des Stalinismus muss sein, dass Minderheiten- und Menschenrechte ohne Einschränkung gewahrt werden.“

Die Gemeinschaft der Krimtataren auf der Halbinsel, die mit einem großen internationalen Kongress an ihre Deportation durch die Rote Armee und deren Folgen erinnern wollten, haben ihre Pläne angesichts der Abspaltung der Krim von der Ukraine ändern müssen. Nun soll es am Vorabend des Jahrestages (17.5.) eine Lichterkette in Simferopol geben.

Am 18. Mai 1944 hatte Stalin alle Krimtataren auf Viehwaggons verladen und nach Zentralasien deportieren lassen. Bis zu 44 Prozent der Deportierten starben. Dieser Völkermord gehört mit weiteren Deportationen von damals in der Sowjetunion ansässigen Völkern zu den schlimmsten Verbrechen der jüngeren europäischen Geschichte. So wurde alles getan, um jegliche Spuren der Krimtataren zu verwischen. Ihre Häuser wurden niedergedrückt, ihre Gärten ließ man verwildern, ihre Friedhöfe wurden umgepflügt und die sterblichen Überreste ihrer Vorfahren entfernt. Erst in den späten 1980er Jahren konnte die Rückkehr der Krimtataren in ihre historische Heimat beginnen.

Berlin, den 16. Mai 2014

Vor 70 Jahren

**„Haytarma“ – Spielfilm über die kollektive Deportation der  
Krimtataren am 18. Mai 1944**

Am 18. Mai 2014 jährt sich die kollektive Deportation der Krimtataren unter Stalin zum 70. Mal. Dies und die schwierige Situation der Krimtataren heute nehmen das Deutsche Historische Museum, die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Euromaidan Wache Berlin und die Gesellschaft für bedrohte Völker zum Anlass, um den einzigen Spielfilm über die Deportation zu zeigen und mit dem Regisseur ins Gespräch zu kommen.

Dazu laden wir Sie herzlich ein:

**Montag, den 19. Mai 2014, um 17:30 Uhr ins Zeughauskino in Berlin.**

Begrüßung

Prof. Dr. Alexander Koch (Deutsches Historisches Museum)

Prof. Dr. Manfred Kittel (Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung)

Grußwort

S. E. Pavlo Klimkin (Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland)

Einführung

Sarah Reinke (Gesellschaft für bedrohte Völker)

Filmpräsentation

HAYTARMA

Krimtatarisch (OmU/Englisch), 2013, 90 Min.

Gespräch

Akhtem Seitablaev (Regisseur)

Oleksandra Bienert (Euromaidan Wache Berlin)

Der Regisseur des preisgekrönten Films "Haytarma" steht Ihnen vor der Veranstaltung oder im Anschluss gerne zu Gesprächen zur Verfügung.

Göttingen, den 7. Juli 2014

## **Krim: Einreiseverbot für Medschlis-Vorsitzenden - Bundesregierung soll protestieren**

Nachdem Russland einem der wichtigsten Politiker der Krimtataren, Refat Tschubarow, die Einreise auf die Krim untersagt hat, hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Bundesregierung am Montag zum Protest aufgefordert. „Das Einreiseverbot für Tschubarow richtet sich gegen alle Krimtataren, denn er ist der Vorsitzende des Medschlis, ihrer Selbstvertretung. Das darf nicht schweigend hingenommen werden“, heißt es in einem Schreiben der Menschenrechtsorganisation an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sowie weitere EU-Außenminister und die Europäische Kommission. „Erst Mustafa Dschemilew, nun Refat Tschubarow – fünf Jahre lang dürfen diese beiden führenden Repräsentanten der Krimtataren nicht in ihre Heimat, die von Russland völkerrechtswidrig annektiert wurde. Die Bundesregierung wie auch die anderen europäischen Regierungen müssen von der Krim-Verwaltung und ihren russischen Gesprächspartnern eine Rücknahme dieser Verbote fordern und zunehmende Schikanen gegen Krimtataren offen kritisieren.“

Nach Angaben der GfbV werden die Repressionen gegen die Krimtataren immer schlimmer: Folter und Mord an dem Krimtataren Reschat Ametow, Hausdurchsuchungen bei politisch Engagierten, Verwarnung des Chefredakteurs der Medschlis-Zeitung, Verbot der traditionellen Feiern zum Gedenken an die Deportation der Krimtataren unter Stalin am 18. Mai und von Versammlungen zum Tag der krimtatarischen Flagge, Schikane von Moschee-Besuchern, Schülern und Arbeitnehmern krimtatarischer Volkszugehörigkeit. „Die Krimtataren werden ausgegrenzt mit dem Ziel, sie von der Halbinsel zu vertreiben.“

Tschubarow und andere Politiker der Krimtataren hatten die Krim am 4. Juli verlassen, um an einer Sitzung des Medschlis in Henjchesk in der Region Kherson teilzunehmen. Das Treffen wurde dort abgehalten, um dem einzigen krimtatarischen Abgeordneten des Parlaments der Ukraine und langjährigen Medschlispräsidenten, Mustafa Dschemilew, die Teilnahme zu ermöglichen. Als Tschubarow am 5.7. auf die Krim zurückkehren wollte, wurde er an der Grenze von einem Großaufgebot der russischen Spezialeinheit OMON gestoppt. Die Staatsanwältin verlas das Einreiseverbot ohne dafür eine Erklärung abzugeben.

Berlin/Göttingen, den 23. Juli 2014

### **Zurückhaltende Reaktion der EU auf Abschuss der MH 17 enttäuscht**

## **Verantwortliche müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Kein Kotau vor Putin!**

Über die nach wie vor zurückhaltende Reaktion der EU auf den Abschuss der MH 17 über der Ostukraine ist die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) enttäuscht. „Die Angehörigen der Opfer erwarten Antworten auf die drängende Frage nach der Verantwortung für dieses entsetzliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Solange die EU herumlaviert und die



## Regionalwahlen auf der Krim

deutschen Vertreter das unfaire Spiel Wladimir Putins mitspielen, werden sie diese Antworten nicht bekommen“, kritisierte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke am Mittwoch. „Auch wenn der Abschuss des Passagierflugzeuges ein Versehen war, darf über den Tod von fast 300 unschuldigen Zivilisten nicht einfach hinweg gegangen werden – von keiner Seite!“

Putin habe jegliche Spielregel gebrochen. Seit Monaten belüge er die Weltöffentlichkeit, halte sich nicht Absprachen und unterlaufe alle Vorschläge zu einer Deeskalation der Lage in der Ukraine. „Der russische Präsident muss endlich an Taten, nicht an Worten gemessen werden“, forderte Reinke. „Wenn schon nicht die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die ständigen Rüstungslieferungen und das Einsickern von Kämpfern aus Russland in den Osten der Ukraine Anlass zum Umdenken gegeben haben, so muss doch jetzt endlich nach dem Abschuss des zivilen Flugzeuges ein Stilwechsel in der europäischen Haltung vollzogen werden.“